

erfolgen zum 1.10. der Arbeitszeit. Von einem deutschen Arbeiter im Kampf um den Tag kann also nicht mehr die Rede sein. Herrschaftliche Mitteln Blasphemie. Arbeit getrieben. Möge sich der Tag dem angegebenen Tag klarlich ergeben. Mit dem Versuch eines Arbeiters für den Einführung aufgehobene Aufländische Vorschriften.

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schönau, Mühl, Sandorf, Mader, St. Gallen, Schmidendorf, Marien, Rieddorf, Ortmannsdorf, Willen St. Nikolaus, St. Jacob, St. Michael, St. Margareta, Lüben, Riedendorf, Rohr und Tröbitz.

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Offizielle Zeitung des Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 234.

Gesetzgebersitzung
im Amtsgerichtsbezirk.

Donnerstag, den 9. Oktober

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtagen, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljahr 5,60 M., durch die Post bezogen 4,50 M. — Einzelne Nummer 15 Pf. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ebert-Straße 58, alle Poststationen, Postboten, sowie die Ausländer entgegen. — Inserate werden die fünfgeschwerte Grundseite mit 25, für auswärtsige Fernsp. Abschluß Nr. 7. Besteller mit 20 Pf. berechnet. — Beilamezeile 10 Pf. — Im amt. Teile kostet die zweisämtige Seite 25 Pf., für auswärtige 30 Pf. Tel.-Nr. 120. Tageblatt

Bekanntmachung.

Alle Einwohner Lichtensteins mit eigenem Haushalt, welche in ihrer Wohnung weder Gas noch elektrische Beleuchtung haben, können sich zwecks Zuteilung von Petroleum bis Sonnabend, den 11. Oktober 1919 im Lebensmittelamt in die Petroleumliste eintragen lassen.

Stadt Rat Lichtenstein, am 8. Oktober 1919.

Bezirkspersonal.

Nr. 1228 M.

Die neue Ausmahlung und die Ausgabe des weißen Brotes.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß den Mühlen streng untersagt ist, mit der niedrigen Ausmahlung des Brotgetreides vor dem 16. Oktober

zu beginnen. Die Ausgabe des weisseren Mehles darf nicht vor dem 16. Oktober erfolgen. Aus diesem Grunde muß sich auch die Ausgabe des neuen weißen Gebäcks noch entsprechend hinausschieben, da vom 94% Mehl noch Vorräte vorhanden sind, die zunächst unbedingt aufgebacken werden müssen. Der Zeitpunkt dieser Ausgabe wird noch bekanntgegeben. Die Bäckereimaster werden ersucht, ihren zuständigen Obermeistern die Mengen dunklen Mehles zu melden, die sie über 23. Oktober hinaus benötigen werden; der Ausgleich unter den Bäckereien wird dann durch die Obermeister erfolgen.

Die Nachbereitung übersäglicher Brot- und Mehlmarken mit dem besseren Gebäck oder Mehl wird verboten.

Glauchau, am 6. Oktober 1919.

Freiherr von Welch, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Wie von zuständiger Stelle entgegen anderthalb Tausenden Anträgen entschieden wurde, denkt die sächsische Regierung nicht daran, ihre Berliner Vertretung aufzugeben, aber sie auch nur in ihren Besitzungen zu beschränken.

* Der Volkskammer ist eine Regierungsvorlage über den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Wahlen für die Gemeindevertretung vom 17. Juli 1919 zugegangen.

* Tschechische Blätter melden: In Eisenbahnkreisen verlautet, daß gegenwärtig eine englische Kommission in der Tschecho-Slowakei wirke, die den Bau der Eisenbahnen prüfe. Diese Prüfung steht mit dem Plan in Verbindung, den gesamten Betrieb der Staatsbahnen an ein englisches Konsortium zu verpflichten.

* Das Bürschenschaftsblatt schreibt allgemein von dem Vorhaben des Kriegsministers mit Serbien.

* Der Befehlshaber des Wehrkreises 6 (Münster), Generalmajor Freiherr von Wettin, erlässt für die unter dem Belagerungszaun stehenden Gebiete mit sofortigem Auftrittstreten eine Verordnung zur Sicherung der Arbeitsmacht.

* Aufgrund gänzlichen Kohlemangels ist am Samstag in Lübeck der gesamte Straßenbahnbetrieb eingestellt worden. Von Lübeck wird elektrisch Strom an eine Reihe von Überlandzentralen der westlichen Kreise abgegeben. Von diesen Überlandzentralen werden über 800 Ortschaften beliefert. Seit drei Nächten sind alle diese Ortschaften ohne Licht.

* In Rostock bei Graudenz ist ein mit 50 Tonnen französischem Pulver gefüllter Munitionskörper in die Luft gesprengt. Ein Posten ist getötet. Anscheinend liegt ein Verbrechen vor.

* Wie "Handelsblatt" meldet, werden von Donnerstag an zwei Steinlobensägen mehr pro Tag aus Deutschland nach Holland gehen. — Und Deutschland leidet Wangel!

* In Wien wurde der seit längerer Zeit von der kroatischen Regierung bedrücklich versagte Sozialistenführer Dr. Max Lewin von der Polizei festgenommen. Die Auslieferung Lewins wird voraussichtlich nicht erfolgen.

* Im Peripherie-Mallorcas ist nicht seine Entscheidung erfolgt; in Dresden kam vielleicht der Streit durch Eingriff der Regierung vermieden werden.

* Spartakistische Deputierte sind am Werk, im Ruhestand neue Streiks hervorzurufen.

teilt der Demokrat in das Kabinett und erklärt dann a. a.

So stellt sich Ihnen das Kabinett heut: in seiner neuen Gestaltung vor, ein Kabinett, das die übergroße Mehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes repräsentiert. Ob dieses Stärkeverhältnis immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die

Neuen Wahlen zum ersten Reichstag der Republik,

die nicht vor dem Frühjahr stattfinden können, zeigen. Dadurch darf ich freudig und dankbar feststellen, es geht wieder ein Zug nach Arbeit, nach Konsolidierung durchs Volk, besonders durch die Krieger.

Gewiß, es wird immer noch zu viel zerstreut in Deutschland, viel zu viel. Doch die wilde, stets heimliche, unbedenkliche Streiklust ist vertauscht. Eine Reaktion, der vorzustehen ich die Ehre habe, wird wir an das Streitmittel als wirtschaftliches Mittel nicht zurück wagen, aber die andere geistige

Korruption,

eine moralische Krankheit, deren Macht es gilt, in allen Sphären zu bekämpfen mit aller Furchtlosigkeit ohne Angst der Kritik.

Recht und Rechte verlangt die Arbeitsschafft in dem Umfang, wie es ihre Bedeutung für das Volksgenossen ist. Die Republik ist entschlossen, diese Rechtsanprüche zu erfüllen, und zwar durch das

Betriebsrätegesetz.

Der Entwurf des Gesetzes über die Wirtschaftsräte soll Ihnen so bald wie möglich vorgelegt werden. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden, also die Wahlen zu den Wirtschaftsräten vielleicht schon einige Wochen später. Die Reichsregierung ist mit dem Centralrat darüber einig, daß die je eher, desto besser geistig. Wir müssen das Streitrecht mit dem Weise der Weisheit genügen der Allgemeinheit in Einklang bringen. Das

leste Ziel dieser Entwicklung ist das abförmische Schiedsgericht, das den Streit auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle befreit.

Ein Weisheit über der Einstellungswang der Streitigkeiten soll gerade den Schwerbehinderten Arbeit und Auskommen zusichern. Daneben steht das Gesetz über die Kontrolle der Militärenteversicherung. Ein weiterer Weg, den Lüben des Krieges zu verhindern, soll das Reichsheimstättengesetz sein, das Ihnen in Höhe zu zahlen wird. Auf dem Gesetze des allgemeinen Arbeiters ist

ein Arbeitszeitgesetz

in Vorbereitung, das den Arbeitundenraq vornehm. Die wirtschaftlichen Grundsätze und nicht minder die finanzielle Lage des Reiches verlangen eine Umgestaltung der vielfach missbrauchten Arbeitsmarktfürsorge. Den endgültigen Abbau der heutigen Zustände soll das Gesetz der Arbeitslosenversicherung bringen. Die Produktion der

Kohlenerzeugung

ist noch längst nicht auf der Höhe. Wenn uns nicht eine Steigerung der Arbeit, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten gelingt, dann können wir Kohle und Industrie nicht in fruchtbarem Zusammenhang bringen. Daß überall in der Welt, außerhalb unserer Grenzen ist wieder eine Propaganda im Werke, die uns den Frieden abspricht. Missdeutungen und Verfälschungen ist die militärische Institution unserer Republik ausgegossen, unsere

Reichsmehr.

Wir brauchen heute noch Truppen zu zwei Zwecken: Frieden, um die staatliche Ordnung, auch gegen Gewalt, aufrecht zu erhalten, und zweitens, um eine Befreiung der Entscheidung zu verhindern, wo nach dem Friedensvertrag eine unheiratete Wollabsäumung über das fünfjährige Schiedsgericht Landestile entscheiden soll. Vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Verhandlungen des Rates auf die vorgeschriebene Mindestfrist nicht möglich. So haben wir heute noch rund 200.000 Mann im Innern und fast ebensoviel an den östlichen Grenzen stehen. Wie alle unsere Einschätzungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem Zustand der Umbildung und Anpassung an die junge Republik. Wer seine Pflicht tut und seine Stellung nicht seinesfalls zu parteipolitischen Zwecken missbraucht, ist in der Reichswehr der Republik willkommen.

Das Ausland kann sich nicht so schnell hinziehen in die Tatsache, daß die immer vorherrschende kapitalistische Gesinnung in Deutschland die Zähmung an sich gereift hat; was aber schlimmer ist, daß im Ausland unser Deutschtal selbst von rechts und von links das Bild der Republik verschärft wird. Von den Deutschnationalen der Einheit eines verstärkten Nationalismus mit Willen angrebt wird, während die Unabhängigen sich nicht genug tun können in

Verleumdungen gegen die Regierung.

Ich erkläre daher mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck, es ist unser Bestreben, den Friedensvertrag nach Kräften und in allen Teilen zu erhalten und zu erfüllen. In ganz besonderen Maßen gilt dies aber von den militärischen Verbindungen des Vertrages. In zwei Monaten soll das deutsche Heer nur noch 200.000 Mann betragen, also wird es nur 20.000 Mann betragen, nicht einen Meter weiter fallen wir aus dem Bastion mit allen Mitteln.

Der Aufruf der Regierung an die deutschen Truppen im Baltikum

Ist, so denke ich, eine deutliche Sprache gesprochen; ich bin überzeugt, diese Maßnahmen werden zu einem Erfolg führen, wenn die Entente unseren Vorschlag annimmt, eine Kommission mit uns zu bilden, deren Aufgabe es wäre, nach Prüfung der Sachlage die nötigen Maßregeln zur schleunigen Durchführung zu treffen, zu überwachen und dorthin zu bringen. Drei Tage vor Eintreffen des Ultimatums hätte

Reichskanzler Bauer über die politische Lage.

Berlin, 7. Oktober. Reichskanzler Bauer macht in der heutigen Sitzung Mitteilung über die Erweiterung der Reichsregierung durch den Ein-